

# Hohenstein-Grustthaler Tageblatt

Erstausgabe  
jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und  
kostet durch die Aussträger pro Quartal M. 1,50  
durch die Post M. 1,82 frei in's Haus.

## Anzeiger

Inserate  
nehmen außer der Expedition auch die Ansträger auf  
dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-  
Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Hohenstein-Grustthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Lugau, Hermsdorf, Bernsdorf,  
Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf, Ruffdorf, Wüstenbrand, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Erlbach,  
Ritzberg, Pleiße, Reichenbach, Callenberg, Tirschheim, Ruchsnappel, Grumbach, St. Egidien, Süttengrund u. s. w.

## Amtsblatt

für das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Grustthal.  
Organ aller Gemeinde-Verwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Nr. 48.

Freitag, den 27. Februar 1903.

53. Jahrgang.

### Vom Reichstage.

Berlin, 25. Februar.

Wenn die Dinge im Reichstag so fortgehen, wie bei der mehrwöchigen Beratung des Etats für das Reichsjahr des Innern, so können diejenigen, welche auf eine rechtzeitige Verabschiedung des Reichsetats noch immer rechnen, mit Dante die Hoffnung ruhig draußen lassen. Gelegt den Fall, daß der kleine Debatteklub von rund 20 Mann, zu welchem sich der Reichstag bei der Staatsberatung allmählich vereinigt hat, seinem Redner über „das Innere“ in Kürze wirklich ein Ziel setzt, so bleibt doch immer der Etat für das Reichsjahr und das Reichseisenbahnamt, der weitsichtige Militär- und Marineetat, die Post- und Kolonialverwaltung, der Invalidenfonds und zuletzt das Reform des Reichsgerichtes zur Durchberatung übrig. Bei allen diesen Staatsabteilungen sind lange Auseinandersetzungen zu erwarten und zum Teil gar nicht zu umgehen, z. B. bei der Entscheidung über die geforderte Zuschußanleihe von 75 Millionen M., über die Festsetzung der Militärbeiträge usw. Wie soll da in kaum noch 30 Sitzungen das Ganze glücklich unter Dach und Fach gebracht werden? Und dabei erhebt sich die Frage der Reichstagswahl, so dringend den Abschluß der parlamentarischen Beratungen.

Die heutige Sitzung war wieder sehr schwach besucht. Der Etat wird beim Titel Gesundheitsamt weiterberaten und kommt zunächst das unser gesamtes Fleischergewerbe so schwer berührende

### Vorsäureverbot.

alsdann die Geheimmittelfrage zur Sprache. Aus der Aussprache heben wir hervor:

Abg. Dr. Zwick (freis. Volksp.) tadelt, wie er es bereits bei der Beratung des Zolltarifs getan hat, das auf einem wissenschaftlichen Gutachten des Gesundheitsamts beruhende Vorsäureverbot. Die Unterlagen für dieses Gutachten seien nicht ausreichend und unzulänglich. Der Staatssekretär werde nicht leugnen, daß man es mit dem Verbot der Vorsäure, die mehr als 30 Jahre ohne Beanstandung verwendet worden sei, sehr eilig gehandelt habe. Bedeutende Autoritäten seien der Meinung, daß der Genuß von Vorsäure konsezierter Fleisch nicht schädlich sei. — Abg. Dr. Dertel (kons.) gibt seiner Genehmigung darüber Ausdruck, daß der Vordrucker im Gegensatz zur Presse die Frage maßvoll und besonnen erörtert habe. Wenn Herr Dr. Zwick aber fürchte, daß das Gesundheitsamt damit umgehe, eine Art Reichsgesundheitswissenschaft zu begründen, so teilt der Redner diese Beforgnis nicht. Die Einwendungen des Vordruckers gegen das Vorsäureverbot hält er, obwohl einige Autoritäten dafür angeführt wurden, nicht für stichhaltig. Andere Autoritäten haben sich in gegenteiliger Sinne geäußert. Im übrigen sei der Zusatz von Vorsäure zur Konservierung von Fleisch nicht notwendig, auch nicht für Frankfurter Würstchen, die nach Angabe Zwick's ohne Vorsäure gar nicht hergestellt werden könnten. Auffällig sei jedenfalls, daß die Herren links überall, wo ein Surrogat aufsteht, mit liebreicher Begeisterung (Heiterkeit) sich deselben annehmen, so der Margarine, des Saccharins und hier der Vorsäure. — Abg. Weinhardt (natl.) tritt für Aufrechterhaltung des Verbots ein. — Staatssekretär Graf Posadowsky: Eine autoritative Stelle muß doch für die verbündeten Regierungen maßgebend sein; wenn das Reichsgesundheitsamt erklärt, das Verbot sei gerechtfertigt, so müssen wir uns danach richten. In Amerika ist im Vorjahre ein Gesetz angeordnet worden, das den Vertrieb von Nahrungsmitteln mit schädlichen Zusätzen ganz verbietet. Nach einer Zeitungsnachricht haben die dortigen Fleischer die Aufnahme der Vorsäure unter die nicht schädlichen Zusätze beantragt, doch ist dieser Antrag abgelehnt worden. Wir werden jedenfalls an dem Verbot der Vorsäure festhalten, so lange, bis uns nachgewiesen ist, daß die wissenschaftlichen Unterlagen, auf die sich das Gutachten des Reichsgesundheitsamts stützt, unhaltbar sind. — Abg. Dr. Langerhans (freis. Volksp.) weist darauf hin, wie wir doch viel stärkere Giftstoffe als Vorsäure zu uns zu nehmen pflegten, so Tabak und Alkohol, ohne daß man ein Verbot derselben für nötig halte. Was 30 Jahre zugelassen sei, können wir ohne Beforgnis auch noch weitere dreißig Jahre ertragen. — Abg. Dr. Dertel erwidert: Von solchem Standpunkte aus können wir überhaupt niemals zu Reformen und Änderungen jetzt auch auf das

Bündelwarengesetz verzichten. Was Tabak und Alkohol anlangt, so stehe es jedem frei, ob er sich damit vergiften wolle oder nicht; aber mit Vorsäure-Fleisch will ich mich wenigstens nicht vergiften lassen. (Heiterkeit.) — Abg. Müller-Meinungen verbreitet sich über die schablonenhafte Behandlung der Geheimmittelfrage, über welche nicht nur die chemische Industrie, sondern namentlich auch die Presse mit Recht Klage führt. Der Gipfel bürokratischer Kurzsichtigkeit werde erreicht durch einen Erlaß des preussischen Kultusministers, durch den Kurpfuscher gewissermaßen konsektioniert würden, durch Anmeldung beim Kreisarzt. Ganz unhaltbar sei auch die Verantwortlichkeit, die der Presse aufgebürdet würde, die bei jedem Inzert darauf achten und darüber entscheiden sollte, ob ein Mittel zulässig sei oder nicht. — Staatssekretär Graf Posadowsky: Was die Geheimmittelfrage anlangt, so solle jedem Interessenten davon Mitteilung gemacht werden, falls ein Geheimmittel auf die bereits in Ausarbeitung befindliche Geheimmittelliste kommen sollte. Es seien hiergegen schon zahlreiche Einsprüche erfolgt. Die Frage solle auf jeden Fall nochmals kommissarisch geprüft werden; sobald Entscheidung darüber getroffen und die Liste bekanntgegeben sei, würden auch alle die Schwierigkeiten für die Presse, von denen der Vordrucker gesprochen, hinfällig werden. Die Leute, die nicht alle werden, würden ja auch durch eine solche Geheimmittelliste nicht geschädigt werden, aber es würden durch die Liste doch wenigstens die Mittel öffentlich gekennzeichnet werden, bei denen es sich um offenbaren Schwindel handle. Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert noch auf eine bezüglich der Anfrage des Abg. Schmidt-Frankfurt, der Reichsgesundheitsrat habe bisher mit der Wohnungsfrage noch nicht befaßt sein können, weil er zurzeit mit anderen Arbeiten überlastet sei, so z. B. mit der Frage der Reinhaltung der deutschen Flüsse. Die preussische Regierung sei zurzeit mit Ausarbeitung eines Wohnungsgesetzes beschäftigt, und dieses werde, wenn fertiggestellt, eine geeignete Grundlage für die Beratungen des Reichsgesundheitsrates bilden. Damit ist Kapitel „Gesundheitsamt“ erledigt.

Beim Kapitel „Reichsversicherungsamt“ bittet Präsident Graf Ballestrem, nachdem beim Titel „Staatssekretär“ acht Tage lang sozialpolitische Debatten stattgefunden, möchten sich die Herren hier kurz fassen, auf allgemeine Erörterungen verzichten und sich möglichst auf Sachen beschränken, die wirklich auf das Versicherungsamt Bezug haben. — Abg. Schmidt-Warburg (zent.) bespricht sich darüber, daß in den Breslauer Heilanstalten der schlesischen Versicherungsanstalt nur evangelische Diakonissen tätig seien und auch die katholischen Kranken zu pastorisieren versucht. Dasselbe Versicherungsamt mache auch an sich einheimisch bei Fergabe von Geldern auf Hypotheken konfessionelle Unterschiebe, indem sie Gelder an evangelische Darlehensnehmer zu billigerem Zinsfuß abgeben, als an katholische. — Staatssekretär Graf Posadowsky: Nach mir vorliegenden Berichten wird höchstens zweimal katholischer und zweimal evangelischer Gottesdienst abgehalten. Man findet freilich auch täglich Abendandachten statt, und da sollte es der Ealt erfordern, auf keinen Kranken irgendwelchen Druck auszuüben, an der Andacht einer anderen Konfession teilzunehmen. — Abg. Köster-Deffau (freis. Verein.) will im Krankenlaale überhaupt keine Andacht; es müsse das in anderen Räumen stattfinden, so daß es jedem Patienten freistehe, sich daran zu beteiligen oder nicht. — Abg. Wollensbühr (Soz.) wünscht Erweiterung der Unfallstatistik, besonders um die Zahl der schweren Unfälle zu ermitteln, die auf dem Wege zur Arbeit erfolgen und deshalb nicht entschädigt würden. Offenbar seien diese Unfälle sehr zahlreich, und umso mehr müßten auch diese entschädigungspflichtig gemacht werden. — Abg. Schmidt-Warburg hält seine Beschwerde darüber aufrecht, daß in einer überwiegend katholischen Provinz in sämtlichen Heilanstalten der Versicherungsanstalt nur evangelische Krankenschwestern tätig seien. — Morgen Fortsetzung der Beratung.

### Eine Rundgebung der Gastwirte.

Dresden, 25. Februar.

Einberufen durch den Verein Dresdner Gastwirte und den I. Verein Dresdner Gast- und Schankwirte, fand gestern Nachmittag in „Livoli“ eine große Pro-

test-Verammlung statt, die nicht nur von einheimischen Standesgenossen äußerst zahlreich besucht war, sondern zu der auch die Gastwirtsverbände von 26 sächsischen Städten, darunter Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Freiberg, Döbeln, Glauchau, Meißen usw. ihre Delegierten entsandt hatten. Nachdem der erste Vorsitzende des Vereins Dresdner Gastwirte, Herr Hotelier Herold, die Anwesenden, u. a. den Vorsitzenden des sächsischen Gastwirtsverbandes, Herrn Treutler, und des Deutschen Gastwirtsverbandes, Herrn Ringel - Berlin, herzlich begrüßt und sodann eine kurze Erläuterung über den Zweck der Protest-Verammlung gegeben hatte, erteilte er Herrn Max Schulz-Berlin das Wort zu seinem Referat über „Die Anträge des Grafen Douglas und die Abstimmungsfrage“. Urheber der ganzen Bewegung gegen den Alkoholgenuß seien, so führte Redner aus, die Temperanzler, der Deutsche Verein für Gastwirtsreform, einige Fanatiker gegen den Mißbrauch geistiger Getränke und jene Geschäftspetulant, welche glauben, ihren alkoholischen Fabrikaten auf die Beine zu helfen. Gegen diese Bestrebungen selbst sei am Ende nichts einzuwenden, denn es müsse jedem überlassen bleiben, was er mit seinem Körper machen wolle, aber es verbanden sich damit die Strömungen der Synoden gegen das Gastwirtsgerwebe, bei denen es Mode geworden sei, die sittlichen Zustände im Volke von heute als heruntergekommen zu bezeichnen, und so dürfe man sich nicht wandern, wenn durch dieselben veranlaßt, die Regierung neue Gesetze in Vorbereitung halte, die das Gastwirtsgerwebe in seinen Grundfesten erschüttern, wenn es nicht Front macht gegen alle derartigen synodalen und reaktionären Gelüste. Die Lösung der Gastwirte müsse sein: Gleichberechtigung mit allen Gewerbetreibenden! Mit Gewalt und polizeilichen Maßnahmen bringe man dem Volke keine Sittlichkeit bei, hier könne nur das gute Beispiel von oben her wirken, wohl aber laufe man bei den in Aussicht stehenden Maßnahmen, die Polizeigewalt auf die Vergünstigungen des Volkes zu übertragen, nur zu sehr Gefahr, der Chitane Tor und Tür zu öffnen. Die breitesten Öffentlichkeit sei die beste Kontrolle der Sittlichkeit. Das Hineingreifen der Gesetzgebung mit rauber Hand in das Gastwirtsgerwebe sei deshalb umso bedauerlicher, als dem Gastwirte die Möglichkeit fehle, sich auf andere Weise zu entschädigen. Mit den Douglas'schen Anträgen sei nicht nur dieses, sondern auch alle damit verbundenen Indulten und Geschäftszweige geschädigt. Redner kam: sodann auf die Anträge Douglas' selbst, und dabei zu dem Resultat, daß durch dieselben nicht nur nichts erreicht werde, sondern daß dadurch nur eine Verschlebung des ganzen Geschäftes zu Gunsten der großen Destillateure statfinde. Auch wo die Kirche über ihre Bezugsweise hinausgehe, müsse sie in ihre Schranken zurückgewiesen werden. Das Fazit seiner Ausführungen war, es möge sich bei der künftigen Reichstagswahl jeder Gastwirt vergewissern, wie sich der Kandidat zu den synodalen, Douglas'schen und den Anträgen des Deutschen Vereins der Gastwirtsreform stelle. — Als zweiter Redner trat Herr Redakteur Oswald Zimmermann (Reformer) auf. Er sprach über „Die Wahrung der hauptstädtischen Interessen gegen die volksfeindlichen Bestrebungen der Gegenwart“, und führte dabei aus, daß man mit den Douglas'schen Anträgen das Kind mit dem Bade ausschütte. Man wende sich gegen die frühliche Sittlichkeit des deutschen Volkes und untergrabe damit viele hunderttausend Existenzen. Es sei einmal eine Tatsache, daß man im heutigen, schweren Kampfe ums Dasein die geistige Anregung nicht entbehren könne. Redner erinnerte dabei an den Fürsten Bismarck, der bei seinem schwierigen Amt und bei seiner eminent geistigen Arbeit ein sehr trinkfester Herr war, und der an keine große Staatsfrage herangetreten sei, ohne vorher einen guten Trunk getan zu haben. Die Gastwirte befänden sich also im Stande der Notwehr, wenn sie gegen die ihnen drohende Gefahr Front machten. Redner führte weiter aus, wie die Wirtschaftler im modernen Kulturleben Stätten geworden seien, wo Mann zu Mann sich finde, um seine Meinung im politischen Leben auszutauschen, wo Familien, die in ihrem Heim beschränkt seien, sich gegenseitig treffen können, und wo sich dem Einzelnen Sittlichkeit und Gelegentlich zu anregender Bekläre biete, sei seien Stätten geworden, die man eben nicht entbehren könne. Und was wolle man an deren Stelle setzen? Den englischen Sonntag mit ihrem Partianismus? Die englische Einrichtung sei

kein Vorbild für den deutschen Mann, denn was sei der englische Sonntag? Eine spanische Wand, hinter der die Böllerei ihre wüsten Orgien treibe. Sittlichkeit der Sittlichkeit erreiche sie gerade das Gegenteil von dem, was von gewissen Kreisen erstrebt werde. Es sei der Polizei gar nicht erwünscht, wenn immer neue Einrichtungen geschaffen würden, die sie zwingen, weiter hinzuzubringen in das gesellschaftliche Leben, man züchte mit diesem Vorgehen nur eine weitgehende Unzufriedenheit. Das Volk leide schon viel zu viel unter Polizeibestimmungen, man schädige damit die freie Bestimmung des Publikums und im wesentlichen den Gastwirtsstand. Wenn man nur den Mißbrauch des Alkohols beschränken wolle, dann ließe sich über diese Bestrebungen reden. Aber das Vorgehen mit Polizeigewalt gegen den Alkohol selbst halte er für bedenklich. Wo käme man besonders in Dresden hin, wenn Sonntags alle Wirtschaften von 9—12 Uhr geschlossen werden sollten; in Dresden, das eine ausgeprochene Fremdenstadt sei. Derartigen Anträgen stehe man einfach sprachlos gegenüber. Bismarck war nicht gegen die Sonntagsheiligung, aber er war gegen den Sonntagszwang. Derartige Anträge können nur vom grünen Tische aus gemacht werden, von Keulen herühren, die gar keine Fühlung mit der Volksseele haben. Nichts wäre verkehrter als dem deutschen Volk das Recht zur Geselligkeit zu rauben. Gerade vom kirchlichen Standpunkte aus erreiche man mit Maßnahmen, die auf das Hineintreiben in die Kirchen hinführen, nichts, und Frömmigkeit, die nicht aus dem eigenen Bedürfnisse herauswache, sei keine Frömmigkeit. Gerade die Gastwirte bedürften des Schutzes, denn sie trügen zu den Forderungen und Lasten des Staates ihr gutes Teil bei. Die gesamten Gastwirte Deutschlands brächten 50 Millionen Steuern, und vereint mit der Nahrungsindustrie, 500 Millionen Steuern auf. Man habe also keine Ursache die Henne zu schlachten, die diese goldenen Eier lege, und deshalb sei es verwunderlich, wenn die Regierung gegen das Gewerbe gehenden Strömungen einzelner Phantasten Gehör schenke. Der deutsche Gastwirtsstand sei ein wichtiger Teil des steuerzahlenden Mittelstandes, und gerade die oberen Schichten seien nicht berechtigt, ihm über kleinliche Mißstände, die sich in jedem Verufe zeigen, Vorwürfe zu machen. Deshalb fordere er den Gastwirtsstand auf, zu schreiben, bis er gehört werde, sich nicht irrt machen zu lassen in seinen Bestrebungen. Es gelte, an der bürgerlichen Freiheit nicht rütteln zu lassen, es gelte sich zu rühren, damit man merke, der deutsche Michel sei aufgewacht. (Minutenlang anhaltender Beifall.)

Hierauf kam eine lange Reihe von Zuschriften aus der Provinz zur Verlesung, die sämtlich ihre Zustimmung zu dem Vorgehen der Dresdner Gastwirte ausdrückten. Sodann wurde folgende, unter großem Beifall vorzulesene Resolution gegen vier Stimmen angenommen: „Wir erheben einmütig Protest gegen die bekannten Bestrebungen der Synoden, die darauf abzielen, nicht nur den Betrieb der Gastwirtschaften in jeder Beziehung und nach jeder Richtung hin einzuschränken, sondern auch die bürgerliche Freiheit der Bevölkerung in Fesseln zu schlagen. Das Streben der Synoden, durch Vermittlung der Staatsgewalt den Schluß der Schankstätten während der Kirchengzeit in Stadt und Land durchzuführen, die öffentlichen und privaten Lustbarkeiten an den Sonnabenden und Sonntagen immer mehr einzuschränken, überhaupt jede freie Betätigung vollstümlichen Lebens an den Sonntagen möglichst zu unterdrücken, jedenfalls aber der polizeilichen Kontrolle immer mehr zu unterwerfen, zeugt von einer Unzulänglichkeit und einem Mangel an sozialpolitischer Einsicht, die nicht scharf genug zurückgewiesen werden können. Wir erwarten mit Zuversicht, daß die Regierung diesen Bestrebungen mit Festigkeit entgegenzutreten und dadurch zur Beruhigung der weitesten Bevölkerungsschichten beitragen wird. — Die von den Anhängern der Mißbilligung und Entschärfungsbewegung aufgestellten Forderungen, die u. a. auch durch den Abgeordneten Grafen Douglas im preussischen Abgeordnetenhaus unterstützt worden sind, gipfeln in der Unterdrückung des Wirtschaftsbetriebes in der gegenwärtig bestehenden Art und in der Verminderung und Umgestaltung desselben in eine das Gewerbe völlig ruinierende Form. Taufende und Aberlaufende von Existenzen des zum Mittelstande zählenden Wirtgewerbes würden dadurch ins Elend gestürzt werden, lebendig um der Phantastereien einer kleinen Gruppe unzulänglicher Personen willen. Wir erklären, daß der Alkoholmißbrauch nicht durch die konsektionierten öffentlichen Wirtschaften hervorgerufen oder gar gefördert wird, son-